



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
zur Einführung einer Übergewinnsteuer
in der 1065. Sitzung des Bundesrates
am 8. Mai 2026**



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 8. Mai 2026 in der 1065. Sitzung des Bundesrates

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach den Ausschussberatungen stimmen wir heute final über unsere Bremer Initiative ab, der sich auch Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und das Saarland angeschlossen haben. Sowohl aus dem Wirtschafts- als auch aus dem Finanzausschuss liegt uns die Empfehlung zum Fassen der Entschließung vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen - vor allem aus den unionsgeführten Ländern - ich würde mir sehr wünschen, dass wir dieser fachlichen Empfehlung heute im Plenum folgen.

Denn eins ist uns doch allen klar: diese Krise wird in acht Wochen nicht vorbei sein. Die Sprit- und Energiepreise werden weiter hoch sein. Das zarte Pflänzlein des Wirtschaftswachstums droht einzugehen. Und wir müssen einer drohenden Inflationsspirale entgegenwirken.

Ich begrüße, dass die Bundesregierung erste Maßnahmen getroffen hat.

Es wird in Zukunft mehr Preisregeln und mehr Kontrollen an den Zapfsäulen geben.

Das Kartellrecht wird gegen mögliche Preisabsprachen verschärft.

Deutschland beteiligt sich an der Freigabe strategischer Ölreserven, um Preise zu stabilisieren.

Erst vor zwei Wochen haben wir hier im Haus in einer Sondersitzung den Tankrabatt beschlossen. Die Energiesteuer auf Benzin und Diesel wird für zwei



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 8. Mai 2026 in der 1065. Sitzung des Bundesrates

Monate gesenkt. Er soll zu schnellen Entlastungen für Verbraucher und Unternehmen führen. Der Vorgang zeigt im Übrigen auch, dass wir zusammen – Bund und Länder – schnell handlungsfähig sein können. Umso unverständlicher ist es, dass die Idee einer Sonder-MPK zu Energie und Wirtschaft vom Bundeskanzler nicht aufgegriffen wurde.

Denn eins ist klar: Die beschlossenen Maßnahmen können nur der Anfang sein. Wir brauchen dringend weitere Maßnahmen, um den Wirtschaftsstandort zu stärken und Bürgerinnen und Bürger zu entlasten.

Dabei liegen schon viele gute und diskussionswürdige Ideen auf dem Tisch. Auch heute hier im Plenum:

- Der Gesetzentwurf zur steuer- und abgabenfreie Entlastungsprämie in Höhe von 1.000 Euro.
- Die Initiative aus dem Saarland zur Einführung von Obergrenzen für Kraftstoffpreise, wie man es zum Beispiel in Luxemburg praktiziert.
- Und auch der Entschließungsantrag aus Mecklenburg-Vorpommern bietet genügend Anregungen für weitere Maßnahmen.

In unserem Antrag unterstreichen wir die Forderung, die Stromsteuer kurzfristig für alle Nutzerinnen und Nutzer auf das europäische Mindestmaß abzusenken und dauerhaft auf diesem Niveau zu stabilisieren.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 8. Mai 2026 in der 1065. Sitzung des Bundesrates

Insbesondere die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien ist in Deutschland durch zu hohe Strompreise erheblich beeinträchtigt. Insofern fordern wir die Bundesregierung mit unserer EntschlieÙung erneut auf, kurzfristig den genehmigten Industriestrompreis für energieintensive Unternehmen umzusetzen.

Langfristig bleibt unsere Position klar: Der wirksamste Schutz vor Verwerfungen auf den internationalen Energiemärkten ist die Entkopplung des deutschen Energiesystems der fossilen Welt. Wir dürfen in der Umsetzung der Energiewende nicht nachlassen und brauchen einen konsequenten Ausbau Erneuerbarer Energien und eine Elektrifizierung in allen Sektoren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die beschriebenen Maßnahmen kosten Geld und belasten unsere Haushalte. Das ist eine große fiskalische Herausforderung. Da finde ich es umso unverständlicher, dass wir die größten Profiteure der Energie-Krise nicht in den Bewältigungsmechanismus einbeziehen sollen.

Wir brauchen deshalb zur Gegenfinanzierung dringend eine Übergewinnsteuer, mit der unangemessene Extraprofite zu Gunsten der Allgemeinheit abgeschöpft werden. Es kann nicht angehen, dass es erneut Großkonzerne sind, die von weltweiten Konflikten profitieren und sich die Taschen vollmachen, während die Bürgerinnen und Bürger die Zeche zahlen.

Das ist inakzeptabel und unanständig. Eine Übergewinnsteuer ist für mich nicht nur eine Frage der Finanzen. Sie ist vor allem auch eine Frage der Gerechtigkeit und damit des sozialen Friedens in unserem Land.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 8. Mai 2026 in der 1065. Sitzung des Bundesrates

Ich danke dem Bundesfinanzminister ausdrücklich, dass er unseren Vorschlag aufgenommen hat und auf den verschiedenen Ebenen für die Einführung einer Übergewinnsteuer kämpft. Durch sie werden die entstehenden Kosten Verursacher gerecht zugeordnet und die öffentlichen Haushalte entlastet.

Ich bitte daher um ihre Zustimmung.

Vielen Dank!